

tung staatsrechtlicher Gegensätze aus der laufenden parlamentarischen Arbeit und die Zusammenfassung aller Kräfte auf ein großangelegtes wirtschaftliches Programm ermöglichen sollten.

Leider ist der Erfolg bisher ausgeblieben. Trotz einzelner, aussichtsvoll scheinender Ansätze vermochte die Volksvertretung vorläufig noch nicht eine gefestigte Orientierung zu finden.

Wie die Dinge liegen, würde momentan die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsrats keineswegs eine Erleichterung der Lage mit sich bringen, sondern aller Voraussicht nach nur zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze führen. Zugleich würden die Schwierigkeiten des parlamentarischen Betriebes die Erfüllung jener wirtschaftlichen Aufgaben gefährden, von deren erfolgreicher Lösung gegenwärtig alles abhängt.

Unter diesen Umständen ist auf Grund kaiserlicher Ermächtigung die Vertagung des Reichsrats erfolgt.

Sie knüpft an die Verhandlungspause an, die beide Häuser bereits autonom haben eintreten lassen, und wird jedenfalls auf eine so kurze Dauer beschränkt bleiben, daß es möglich sein wird, noch vor der Sommerpause die Staatsnotwendigkeiten ohne Anwendung des Notverordnungsrechtes zu erledigen.

Bis zum Wiedertzusammentritte des Parlaments, der nach ihrer festen Absicht so bald als nur irgendmöglich erfolgen soll, wird die Regierung ihre ganze Kraft den wirtschaftlichen Problemen der Zeit, vor allem den Aufgaben der Volksernährung, zuwenden. Sie wird es sich angelegen sein lassen, der Bevölkerung jede Erleichterung zu bieten, auf welche diese dank ihrer aufopfernden Haltung vollen Anspruch hat; sie wird in jeder Richtung die Vorbedingungen für das erfolgreiche Ausharren zu schaffen trachten.

Zugleich aber wird sie sich eifrig bemühen, vorhandene Möglichkeiten der Verständigung zu pflegen und zur Reife zu bringen, damit das Vaterland sich nach dem Wiedertzusammentritte des Reichsrats aufs neue eines ungehemmten Verfassungslebens erfreuen dürfe. Ihr Ziel ist und bleibt, das glorreiche alte Oesterreich aus den Stürmen des Krieges glücklich herauszuführen und ihm innerhalb der vereinigten Welt einen Platz zu sichern, auf dem es sich ruhmreich behaupten und kraftvoll entwickeln soll — als ein friedlicher, starker und treuer Hort für seine Völker und alle ihre Schichten.

Die Vertagung und die Parteien.

Wien, 3. Mai.

Die Regierung hat sich zur Vertagung des Reichsrates entschlossen. Die Parteien des Abgeordnetenhauses sind vom Ministerpräsidenten in der heutigen Obmännerkonferenz von dieser Absicht verständigt worden. Der Ministerpräsident hat in der Obmännerkonferenz auch die Gründe angeführt, die ihn veranlassen, das Haus zu vertagen. Es fehlen, wie er ausführte, die Bürgschaften für einen ruhigen und ordnungsgemäßen Verlauf der Session. Czechen und Südslawen drohen mit der Sprengung des Abgeordnetenhauses, weil die Regierung die Absicht hat, Kreishauptleute mit einem genau umschriebenen Wirkungskreise zu bestellen, und weil sie Vorsorge für die Ordnung der Verhältnisse im Süden des Reiches treffen will. Die Czechen bezeichnen die Ernennung von Kreishauptleuten als einen einseitigen Eingriff der Regierung zugunsten der Deutschen in die künftige Ordnung der Verhältnisse in Böhmen. In Wirklichkeit werden durch die Ernennung von 15 Kreishauptleuten mit einer entsprechenden nationalen Gruppierung der Bezirkshauptmannschaften in Böhmen keinerlei nationale Ansprüche der Czechen verletzt. Die Verordnung der Regierung kommt ihnen im Gegenteil ebenso zugute wie den Deutschen, da durchwegs einsprachige Kreishauptmannschaften erteilt werden sollen. Der Ministerpräsident hat heute in der Obmännerkonferenz festgestellt, daß die Czechen jeden Versuch zu einer Aussprache über Verfassungsänderungen zurückgewiesen haben. Die Czechen haben es auch jetzt noch in der Hand, die Verordnung hintanzuhaken, wenn sie sich bereit erklären, sich mit den Deutschen an den Verhandlungstisch zu setzen.

Von einer solchen Bereitwilligkeit ist jedoch nichts zu spüren. Ihre Führer haben es sogar abgelehnt, in der heutigen Obmännerkonferenz zu erscheinen. Unter solchen Umständen ist die Enttäuschung, die die Czechen zur Schau tragen, schwer verständlich. Die Südslawen haben mit ihrer Agitation für ihre staatsrechtlichen Aspirationen die ganzen Alpenländer in Erregung gebracht. Eine Agitation für die staatsrechtlichen Ziele, die von den südslawischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus wiederholt aufgestellt wurden, ist schon vom rein staatlichen Standpunkt unzulässig. Sie ist es noch weniger, wenn dadurch die deutsche Bevölkerung der Alpenländer sich bedroht fühlt. Solche Uebergriffe einzudämmen, ist Aufgabe des Staates, auch wenn es von keiner Partei verlangt wird. Es wird damit keine nationale Forderung der Deutschen erfüllt. Die südslawische Enttäuschung ist ebenso unbegründet wie die czechische. Beide beweisen nur, wie sehr die Selbstherrlichkeit und Annäherung dieser beiden Gruppen schon überhand genommen hat.

Die Regierung hat sich für eine terminierte Vertagung des Reichsrates entschieden. Es soll weder in Abgeordnetenkreisen noch in der Bevölkerung der Gedanke aufkommen, daß mit der Vertagung des Reichsrates eine längerdauernde Ausschaltung des Parlaments verbunden sei. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob ein Rückfall in die parlamentslose Ära Stürggh bevorstehe. Der Reichsrat wird bis zum 18. Juni vertagt sein. Der Ministerpräsident will diese Frist benützen, um die Sommer-session vorzubereiten. Vom § 14 wird nach der ausdrücklichen Erklärung des Ministerpräsidenten in der Obmännerkonferenz während der Vertagung kein Gebrauch gemacht werden. Czechen und Südslawen erklären die Vertagung über die Ernennung von Kreishauptleuten und die geplanten Maßnahmen der Regierung in den südlichen Alpenländern als einen Kriegsjahr. Die Vertagung und die Maßnahmen werden kommen und Czechen und Südslawen werden darüber schlüssig werden müssen, ob sie auch nach dem 18. Juni das Abgeordnetenhaus in die Luft sprengen wollen oder ob es nicht hoch an der Zeit wäre, zu dem einzig möglichen Mittel zu greifen: zur Auseinandersetzung mit den Deutschen. Die Czechen wariieren offenbar die Direktive aus Prag ab, wo in den nächsten Tagen wieder eine Versammlung der czechischen Abgeordneten stattfinden soll. Die czechischen Mitglieder des Herrenhauses haben heute eine besondere Kundgebung beschlossen, die jedoch erst morgen veröffentlicht werden soll. Während sich die Rechte des Herrenhauses in ihrer heutigen Besprechung darauf beschränkte, dem Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Grätz das Vertrauen und ihrem Obmann Prinzen Lobkowitz Dank und Anerkennung auszusprechen, von einer politischen Kundgebung jedoch abfiel, übt die Kundgebung der czechischen Herrenhausmitglieder dem Vernehmen nach nicht nur Kritik an dem Grafen Czernin, sondern auch an dem Kabinett Seidler.

Den Standpunkt der deutschen Parteien hat heute der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Professor Dr. Waldner in der Obmännerkonferenz festgestellt. Vor die Wahl gestellt, durch eine weitere Verschiebung der Sitzungen des Hauses eine erhöhte Gewähr für die ruhige Behandlung der Staatsnotwendigkeiten in der nächsten Session zu erreichen oder durch eine Forcierung der Session den Boden des Parlaments vollständig zerschlagen zu lassen und der § 14-Ära mit Sicherheit zuzusteuern, haben sich die deutschen Parteien für eine weitere Verschiebung der Sitzungen auf kurze Zeit, sei es durch das Präsidium oder durch Vertagung, entschieden.

Die Vertagung des Reichsrates schädigt das Ansehen der Volksvertretung. Sie erfolgt in einem Augenblick, in dem wichtige und in die Lebensfragen der Bevölkerung einschneidende wirtschaftliche und finanzielle Fragen der Erledigung harren. Die Steuervorlagen, deren Beratung im Abgeordnetenhaus im Zuge war, sind ein dringendes Bedürfnis der Finanzverwaltung. Für die Regelung des Staatshaushaltes kommt wieder nur ein Budgetprovisorium in Betracht, das die Regierung noch heute im Abgeordnetenhaus eingebracht

hat. Die Nahrungsmittelpolitik wird besonders in der nächsten Zeit die Unterstützung durch das Parlament schwer vermissen. Die Vertagung erfolgt, weil Czechen und Südslawen einen Angriff auf das Abgeordnetenhaus angekündigt hatten. Die Regierung will die Maßregel mildern durch eine kurze Frist, durch die Vermeidung jedes Eingriffes mit Hilfe des § 14 und durch ihre Ausnützung zu weiteren Verhandlungen mit den Parteien. Die Einhaltung dieser drei Bedingungen hat der Ministerpräsident in der heutigen Obmännerkonferenz zugesagt.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler in der Obmännerkonferenz.

Die Rede, mit der Ministerpräsident Dr. v. Seidler in der heutigen Obmännerkonferenz die Vertagung des Abgeordnetenhauses ankündigte, lautet nach dem Berichte der „Reichstatshorrespondenz“:

Ministerpräsident Dr. v. Seidler gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei große Parteien heute hier nicht erschienen sind. Er sei kein Freund eines Spieles mit versteckten Karten, er gehe immer offen und gerade vor und lege auch großen Wert darauf, daß ihm gegenüber ganz offen vorgegangen werde. Er habe den Präsidenten um die Einberufung der heutigen Besprechung ersucht, um den Herren Mitteilungen über gewisse Absichten zu machen, welche die Regierung in nächster Zeit auszuführen gedenke, und andererseits die Vertreter der einzelnen Parteien zu ersuchen, ihn darüber aufzuklären, welche Haltung sie am nächsten Dienstag und fernerhin — er wolle nicht so sehr sagen zur Regierung als im Parlamente — zum Parlamente einzunehmen gedenken.

Der Umstand, daß die Vertreter des Cesky Svaz und des Südslawischen Klubs heute nicht erschienen sind, könne die Besprechung dieses von ihm ins Auge gefaßten Programms nicht hindern und er werde den Herren die Mitteilungen machen, die zu machen er sich vorgenommen habe. Es handelt sich dabei um zweierlei. Er habe bekanntlich schon vor mehr als drei Vierteljahren nach Rücksprache mit allen Parteien die Frage der Verfassungsrevision, und zwar auf Grundlage der nationalen Autonomie, auf die Tagesordnung der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion zu stellen, versucht und er könne wohl sagen, daß die Regierung seither sich unablässig bemüht habe, diese Angelegenheiten aus dem Stadium interner Beratungen in dasjenige der parlamentarischen Verhandlung hinüberzuführen. Das sei bisher trotz aller eifrigsten Bemühungen nicht gelungen. Die Herren wissen, warum. Schon im Herbst seien die Verhandlungen des Subkomites des Verfassungsausschusses dadurch vereitelt worden, daß eine Partei — der Cesky Svaz — zu einem Beschlusse über die Beteiligung an den Verhandlungen nicht gelangt war. Vor einigen Wochen war die Obmännerkonferenz hier versammelt und der Ministerpräsident habe damals einen politischen Waffenstillstand hauptsächlich zu dem Zwecke proponiert, damit man sich den Fragen der Verfassungsrevision endlich energisch zuwenden könne. Es war fruchtlos. Es ist auch diesmal wieder nicht zu einer Beteiligung aller Parteien gekommen, was er sehr bedauere.

Die Regierung habe es wahrhaftig nicht an Bemühungen fehlen lassen, diese Angelegenheit auf dem Wege allgemeiner Verhandlungen durchzuführen. Er habe in der bereits erwähnten Rede auch schon angedeutet, daß, wenn es mit der generellen Behandlung der Verfassungsrevision nicht glatt vorwärts gehen sollte, die Regierung sich vorbehalten müsse, ihr Programm so weit selbstständig durchzuführen, als dies eben auf Grund der bestehenden Gesetze möglich ist. Eine weitere Hinausschiebung dieser Angelegenheit, ein gänzlich passives Verhalten gegenüber der Verfassungsrevision sei kaum mehr möglich und die Regierung möchte daher einen ersten Schritt tun.

Es soll demgemäß baldigst eine Verordnung des Gesamtministeriums erlassen werden, welche, da ja die Verhältnisse in Böhmen am meisten geklärt sind, die Ernennung von Kreishauptleuten vorsehen wird, und zwar mit national abgegrenzten Sprengeln bei Uebertragung gewisser Kompetenzen der Statthalterei an die Kreishauptleute.

Das würde ganz im Programm der Regierung hinsichtlich der nationalen Autonomie liegen und ist etwas, was sie schon heute auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 machen könne. Die Regierung habe die deutsche Empfindung, daß dem czechischen Volk damit nicht der geringste Schaden zugefügt wird. Die Kreise sind ja auch ein Teil des czechischen Programms, und deswegen allein, weil dieser Plan den Deutschen sympathisch ist, kann doch die Sache nicht als den Czechen gefährlich betrachtet werden. Das ist also die Absicht der Regierung in bezug auf Böhmen.